

Kommentar



Angriff auf Berg-Karabach Waffenruhe kommt, der Konflikt bleibt

VON HOLGER MÖHLE, BÜRO BERLIN

Ist die Welt kriegsmüde? Oder hat sie sich an Krieg längst gewöhnt? Der Ukraine-Krieg tobt mittlerweile seit mehr als 570 Tagen. Wann er endet, weiß niemand. Just in der Woche der UN-Vollversammlung, in der die Welt in New York über Wege zu Frieden in der Ukraine debattiert und in den Hinterzimmern verhandelt, droht eine nächste militärische Auseinandersetzung.

Ein alter Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan, seit 2020 nach einem erneuten Krieg um die Enklave Berg-Karabach nur mühsam eingefroren, bricht wieder auf. Aserbaidschan hat damit begonnen, die vorwiegend von Armeniern bewohnte Enklave Berg-Karabach auf aserbaidschanischem Territorium anzugreifen, auch wenn gerade wieder eine Waffenruhe verkündet ist. Weil jeder Krieg eine Begründung braucht, nennt die Regierung in Aserbaidschans Hauptstadt Baku diese militärische Aggression einen Anti-Terror-Einsatz. Terror hat es in der Region schon viel gegeben, von beiden Seiten - meist zu Lasten der geschundenen Zivilbevölkerung.

Der Südkaukasus ist eine komplizierte Region, in der die Großmacht wie Russland und die regionale Hegemonialmacht Türkei um Einflussphären kämpfen. Gut möglich, dass Aserbaidschan die Gunst der Stunde genutzt hat und Berg-Karabach genau dann attackiert, da Russland als Schutzmacht von Armenien militärisch in der Ukraine mehr als gebunden ist.

Dazu passt, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan am Sitz der Vereinten

Nationen in New York, jener Organisation, die über den Weltfrieden wachen soll, die militärische Aggression von Aserbaidschan begrüßt. Hier Armenien und Russland, dort Aserbaidschan und die Türkei, dazwischen die Enklave Berg-Karabach, während die Türkei weiter versucht, das Schwarzmeer-Getreideabkommen zwischen Russland und der Ukraine wiederzubeleben. Es ist ein kompliziertes, kleinteiliges Politpuzzle, dessen Teile zusammengefügt werden müssen - im Namen von Frieden, nicht im Namen von Anti-Terror-Einsatz getarnter Krieg.

Der politische Streit und der militärische Kampf um Berg-Karabach ist von einem ohnehin andauernden Grenzkonflikt geprägt. Wenn nun, nach kurzer Aggression, tatsächlich eine nächste Waffenruhe gelten sollte, ist dies auch nur eine nächste Pause in diesem weiterschwellenden Konflikt. Berg-Karabach wird ein von beiden Staaten beanspruchtes und umkämpftes Gebiet bleiben.

Dabei blockiert Aserbaidschan seit Monaten den Zugang und den Nachschub mit Lebensmitteln, Medikamenten und Treibstoff nach Berg-Karabach mit seinen rund 120.000 Einwohnern. Erst schafft damit die Regierung in Baku Not in der Enklave, dann schickt sie Hilfe, dann greift sie das Gebiet an. Eine solche Politik ist zu tiefst zynisch und schafft vor allem eines nicht, was für echten Frieden in dieser Krisenzone notwendig wäre: Vertrauen. Aserbaidschan traut sich, weil Russland den Armeniern in Berg-Karabach aktuell nicht zur Seite springen kann. Und das Land hat noch einen Vorteil: Es hat selbst Öl und Gas.

Pressestimme

„Nordbayerischer Kurier“ (Bayreuth) zu Scholz

Die Stärke von Scholz' Außenpolitik ist, dass der Kanzler nach Putins Überfall auf die Ukraine eines sofort erkannt hat: Der Westen muss in Zeiten einer neuen multilateralen Weltordnung um die Unterstützung der Länder des globalen Südens werben. Das ist nur erfolgreich möglich, wenn es ein faires Miteinander gibt. Deshalb ist es wichtig, dass Scholz sich in New York für eine Reform des UN-Sicherheitsrats stark gemacht hat. Afrika, Asien und Lateinamerika brauchen dort mehr Gewicht.

Faeser kommt aus Deckung

Innenministerin lässt sich im Innenausschuss und im Bundestagsplenum befragen

Berlin. In der Migrationspolitik soll Bundesinnenministerin Nancy Faeser für mehr Kontrolle sorgen. Sie sollte zusätzliche Grenzkontrollen anordnen, vor allem in Sachsen und Brandenburg, fordern Abgeordnete der Union und der AfD von ihr im Bundestag.

Gleichzeitig holt die Spitzenkandidatin der hessischen SPD für die Landtagswahl eine Affäre aus dem vergangenen Jahr ein. Damals hatte sie nach einer kritischen Fernsehsendung einen Behördenleiter aus ihrem Verantwortungsbereich kaltgestellt. Ob das so richtig war und wie sie im Anschluss öffentlich darüber sprach, dazu gibt es viele Fragen. Kurzum: Nancy Faeser ist zweieinhalb Wochen vor der Hessenwahl in keiner komfortablen Situation.

Hinzu kommt der Vorwurf, die Ministerin habe zuletzt - womöglich mit Blick auf die anstehende Wahl - versucht, sich vor Antworten auf schwierige Fragen zu drücken. Zuerst indem sie zu der vom Innenausschuss schon länger geforderten Befragung zur Abberufung des Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm, erst nicht erschien. Dann hieß es auch noch, Faeser habe veranlasst, ihre routinemäßig anstehende Befragung zu verschiedenen Themen im Plenum des Bundestages auf einen Zeitpunkt nach der Landtagswahl zu verlegen.

Dass beides einen schlechten Eindruck hinterlassen könnte, ist nun vielleicht auch Faeser und ihrem Team aufgefallen. Am Mittwoch erscheint sie jedenfalls erst zur Innenausschuss-Sitzung hinter verschlossenen Türen und geht direkt im Anschluss dann doch noch zur Befragung unter der Reichstagskuppel. Dort ist kurzfristig eine Lücke in der Tagesordnung aufgetaucht, nachdem der ursprünglich für die Befragung angemeldete Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) wegen einer Corona-Infektion abgesagt hat.

Poltern ist nicht ihre Art. Doch ganz kalt lassen die SPD-Politikerin die Attacken im Stakkato-Takt nicht. Das zeigt der gelegentlich ins Sarkastische rutschende Ton, den die sonst meist fröhliche Ministerin bei der Beantwortung der Fragen im Plenum anspricht.



Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ließ sich am Mittwoch im Innenausschuss zur Causa Schönbohm befragen. Foto: von Jutrczenka/dpa

Zumal auch aus den Reihen der Ampel-Fraktionen Kritik kommt. Etwa weil sie dem Innenausschuss über Wochen nicht für Fragen zur Abberufung Schönbohms zur Verfügung stand.

Europaparlament will Verhandlungen blockieren

Auf Fragen zur Migrationspolitik verweist die Ministerin im Bundestag auf die Einigung der EU-Innenminister zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Unschön, dass das Europaparlament etwa zur gleichen Zeit eine Blockade von Ver-

handlungen über die geplante Reform des EU-Asylsystems ankündigt. Begründet wird der Schritt damit, dass sich die Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem unstrittigen Teilbereich der geplanten Reform, der sogenannten Krisenverordnung, bislang nicht positioniert haben.

Der Vorschlag, den die Bundesregierung kritisch beurteilt, sieht in Krisensituationen beispielsweise längere Fristen für die Registrierung von Asylgesuchen an den Außengrenzen vor, sowie eine Verlängerung des Aufenthalts in Einrichtungen in Grenz-

außerdem die Möglichkeit, Standards bei Unterbringung und Versorgung zu senken.

Den Befürwortern stationärer Grenzkontrollen hält Faeser entgegen, die Schleierfahndung im grenznahen Raum sei „an vielen Stellen erfolgreicher“. Während der Befragung steht der AfD-Abgeordnete Martin Hess auf und fragt, wann Faeser „zum Wohle unseres Landes“ zurücktreten wolle.

Passage im Wahlprogramm sorgt für Aufregung

Und als ob das alles noch nicht genug Ärger wäre: Die hessische SPD korrigierte diese Woche eine Passage zur Reform des kommunalen Wahlrechts für Ausländer in ihrem Wahlprogramm. In dem Absatz, der für einige Aufregung gesorgt hatte, geht es um den Vorschlag der Partei, ab wann nicht aus einem EU-Land stammende Ausländer bei kommunalen Wahlen mitabstimmen sollen.

Im Wahlprogramm wurde bislang eine Dauer von sechs Monaten genannt, was aber nach Angaben der hessischen SPD auf einen Übertragungsfehler zurückgehen soll. Richtig sei ein Zeitraum von sechs Jahren. Die Regelung solle außerdem nur für Nicht-EU-Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel gelten.

Ja, Wählerumfragen sind keine Prognosen und in Hessen gibt es, wie Faeser nicht müde wird zu betonen, noch viele unentschlossene Wähler. Dennoch, blickt man auf die aktuellen Umfragewerte, sieht es eher nicht danach aus, als ob Faeser in Hessen bald Ministerpräsidentin werden könnte. Ihre SPD liegt in den jüngsten Umfragen zwar auf dem zweiten Platz, allerdings mit einem Abstand von mehr als zehn Prozentpunkten zur CDU, die in der Sonntagsfrage zuletzt 31 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte.

Die Kritik in der Causa Schönbohm sei „Theaterdonner“ der Union, der wohl dem Zweck diene, ihr im hessischen Wahlkampf zu schaden, sagt Faeser. So sehen es auch einige ihrer Parteifreunde. Doch in den Fluren des Bundestages wird inzwischen schon über eine ganz andere Zukunftsfrage, die sie betrifft, spekuliert: Wird sich Faeser als Bundesinnenministerin halten können, wenn die SPD in Hessen nicht zumindest ein respektables Ergebnis einfahren sollte? (dpa/bal)

Kliniken verlangen zusätzliche Finanzspritzen

Protesttag unter dem Motto „Stoppt das Krankenhaussterben“ - Lauterbach verweist erneut auf geplante Reform

Berlin. Die Klinikbranche hat wegen akuter wirtschaftlicher Nöte vieler Standorte erneut zusätzliche Hilfen des Bundes verlangt. „Die finanzielle Situation der Krankenhäuser ist dramatisch, und sie gefährdet die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung“, sagte der Chef der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Gerald Gaß, anlässlich eines bundesweiten Protesttags am Mittwoch. In vielen Krankenhäusern und Regionen sei die Verunsicherung groß. Der Verband fordert daher einen schnellen „Inflationsausgleich“. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) machte keine neuen Zusagen dafür und verwies auf die geplante Krankenhausreform, die auch kleinere Kliniken absichere.

Unter dem Motto „Stoppt das Krankenhaussterben“ gab es neben einer zentralen Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin auch Aktionen in weiteren Städten, darunter Düsseldorf, Frankfurt/Main und Stuttgart. Die Gewerkschaft Verdi



Mitarbeiter diverser Kliniken beteiligten sich am Mittwoch an Demonstration wie hier in Frankfurt. Foto: Roessler/dpa

unterstützte den Protest. Vorstandsmitglied Sylvia Bühler sagte: „Krankenhäuser in wirtschaftlicher Schieflage brauchen sofort zweckgebundene Hilfen zur Finanzierung steigender Preise und Personalkosten.“ Tausende Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel, das müssten Bund und Länder verhindern.

„Kein Krankenhaus, das für die Versorgung gebraucht wird, darf geschlossen werden.“

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft warnte im Protestaufruf: „Die extrem gestiegenen Preise zwingen viele Kliniken in die Knie.“ Kaum ein Haus könne die Ausgaben noch aus laufenden Einnahmen begleichen.

Laut einer Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts, das von der Branche getragen wird, sorgen sich 70 Prozent der Kliniken ernsthaft um ihre Existenz. Bis Jahresende seien inflationsbedingte Defizite von zehn Milliarden Euro zu verkräften. An der Umfrage für das dritte Quartal 2023 nahmen den Angaben zufolge 476 Häuser teil.

Lauterbach bekräftigte, dass die Krankenhausreform notwendig sei. Es seien nicht mehr genug Behandlungsfälle und Personal da, um 1.700 Häuser am Netz zu halten, sagte er im ZDF. Jetzt treffe es in einem „unkontrollierten Prozess“ aber teils die falschen Standorte.

Die Reform sieht unter anderem vor, das Vergütungssystem mit Pauschalen für Behandlungsfälle zu ändern, um Kliniken von Druck zu immer mehr Fällen zu lösen. Daher sollen sie einen großen Anteil der Vergütung allein schon für das Vorhalten von Leistungsangeboten bekommen. Dies soll auch kleinere Häuser auf dem Land absichern. Gaß

forderte rasche Hilfen, damit die Krankenhäuser die Reform überhaupt erleben könnten.

Forderungen auch der Länder nach einer Extra-Finanzspritze noch vor der Reform hatte Lauterbach auch wegen nötiger Haushaltseinsparungen bereits mehrfach abgelehnt. Er verwies auch auf Milliardenhilfen des Bundes in der Coronapandemie und für gestiegene Energiekosten. Der FDP-Gesundheitspolitiker Andrew Ullmann sagte, der Protesttag sei verständlich, aber die Richtung vollkommen daneben. „Statt die Bundesländer als Verantwortliche anzuzählen und zum Handeln aufzufordern, polemisiert man gegen den Bund.“ Lauterbach monierte ebenfalls, dass die Länder Investitionskosten unzureichend zahlten.

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) rief Kanzler Olaf Scholz (SPD) auf, die Krankenhausfinanzen zur Chefsache zu machen und als Teil des vorgeschlagenen „Deutschland-Paktes“ voranzutreiben. (dpa/bal)

Polizei ermittelt Unbekannte entfernen Fahne

Burg. An einer Schule in Burg haben Unbekannte eine dort hängende Regenbogenfahne gestohlen und stattdessen eine Deutschlandfahne angebracht. Das teilte die Polizei am Mittwoch mit. Ermittelt werde in alle Richtungen. Auch ein rechts-extremistischer Hintergrund sei nicht ausgeschlossen, sagte eine Sprecherin der dpa. Die Regenbogenfahne gilt als Symbol für Vielfalt.

Die Schule im Spreewald war bundesweit in die Schlagzeilen geraten, weil zwei Lehrkräfte in einem Brandbrief anonym geschildert hatten, sie seien an der Schule täglich mit Rechtsextremismus, Sexismus und Homophobie konfrontiert. Danach waren sie rechten Anfeindungen ausgesetzt. Beide haben die Schule verlassen. (dpa/bal)

Ihr Draht zu uns

Telefon 0471/597-
 ▶ Christoph Willenbrink (wil) -256
 ▶ Tim Albert (tra) -258
 ▶ Marcus Kretzner (mkr) -295

